

## Themen des Informationsbriefs des Ökumenischen Begleiters in Togo

Nr. 5 Februar 2012

1. Soziale Auseinandersetzungen fanden im Bereich des Bildungssektors statt. Sowohl an den Universitäten in Lomé und Kara als auch im Bereich der Lehrer kam es zu Streikaktionen. Die Regierung hat eine zehnprozentige Gehaltserhöhung akzeptiert.
2. Arbeit des Ständigen Ausschusses für Dialog und Verständigung. Wesentliches Thema ist der Zuschnitt der Wahlbezirke. Ein Vorschlag der Regierungsseite, nur die Anzahl der Delegierten aus Lomé zu erhöhen, ist von der Opposition zurückgewiesen worden, weil eine gerechte Verteilung zwischen Stadt und Land damit nicht gewährleistet werden könne.
3. Außerordentliche Verhandlung der Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung. Seine Exzellenz Kpodzro sprach über die Freiheitsberaubung der Parlamentarier durch das Militär 1992. Frau Tchangäi-Walla, Präsidentin der Wahlkommission, sprach über gestohlene Wahlurnen bei der Präsidentschaftswahl 2005, General Titikpina über die Rolle des Militärs bei der Gewalt nach der Wahl 2005. Herr Joseph Koffigoh und Herr Edem Kodjo sprachen über die Angriffe auf den Regierungssitz des Premierministers 1991 und das Massaker gegen die Demonstranten am Fréau jardin 1993.
4. Menschenrechtsorganisationen protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen und fordern die Wiedereröffnung des Radio X Solaire und die Veröffentlichung des Berichtes der Nationalen Menschenrechtskommission über Foltervorwürfe gegen den Nationalen Geheimdienst sowie illegale Verhaftungen und Verhöre von Journalisten der Privatpresse.
5. Die Regierung hat ein Programm zur Förderung der Landwirtschaft und zur Nahrungssicherung lanciert.
6. Über den Bericht der Nationalen Menschenrechtskommission bezüglich der Foltervorwürfe gegen den Nationalen Geheimdienst gibt es strittige Auseinandersetzungen. Nachdem die Regierung zunächst einen Bericht veröffentlichte, der diese Vorwürfe zurückwies, erklärt der Präsident der Kommission, dass dieser Bericht gefälscht sei, und veröffentlicht auf der Web-Site der Kommission einen Bericht, der die Foltervorwürfe bestätigt. Nach Protesten durch die Zivilregierung und internationale Diplomatie, erweist sich der Bericht des Präsidenten der Kommission als der richtige. Die Zivilgesellschaft fordert weitere Aufklärung über diesen Skandal.